



REDE ZU PROTOKOLL!

Kiel, 24. März 2017

TOP 51: Maßnahmen der ambulanten Schmerztherapie in der Fläche absichern

Bernd Heinemann

Die ambulante Schmerztherapie ist notwendig!

Schmerzen sind in vielfältiger Form, besonders als chronische Varianten, eine Folter für Patientinnen und Patienten. Unsere schnelllebige oft hektische Zeit mit großen medialen, digitalen, mobilen und informativen Herausforderungen bei gleichzeitigem demografischem Wandel fordert seinen belastenden Tribut und führt häufig sogar zu chronischen Schmerzzuständen. Im Bereich der Migränerforschung hat die im wahrsten Sinne des Wortes ausgezeichnete Kieler Schmerzlinik unter der Leitung von Professor Dr. Hartmut Göbel in Kooperation mit der Neurologischen Klinik des UKSH viel erreicht.

Entsprechend haben wir sie in die Krankenhausplanung nachhaltig aufgenommen, um den hohen Behandlungsbedarf auch für gesetzlich Versicherte zugänglich zu machen.

Die Standardbehandlung von Schmerzen findet jedoch ambulant und auch in der Fläche statt. Seit Februar 2016 gibt es ein Konzept der Kassenärztlichen Vereinigung und der Krankenkassen zur ambulanten Versorgung für eben diese Schmerzpatientinnen und Patienten. Das ist wunderbar und vorbildlich auch für andere Regionen. Dabei ist im Bereich der Schmerztherapie ein hohes Maß der Qualität sehr wichtig. Um ein Ausdünnen dieser Qualität zu verhindern und gleichzeitig eine ausreichende Sicherstellung notwendiger Quantität zu ermöglichen, ist es zu begrüßen, dass sich die Kassenärztliche Vereinigung und die Krankenkassen nun offensichtlich auch geeinigt haben, dass die Weiterbildung in spezieller Schmerztherapie auch mit einem entsprechenden Honorarsystem attraktiver gestaltet werden kann. Es ist alles auf einem guten

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Weg. Da ist es entbehrlich, außerhalb der Haushaltsberatungen und ohne die Auswirkungen der eben genannten Entwicklungen abzuwarten, einen Schnellschuss abzufeuern. Die Küstenkoalition begrüßt und unterstützt die genannten Einigungen und Zielstellungen insbesondere die Ergänzung des Bedarfsplans, der den Erhalt der Schmerztherapie als wichtiges medizinisches Versorgungsziel definiert. Wir gehen davon aus, dass künftig mehr Ärzte eine Weiterbildung in spezieller Schmerztherapie absolvieren, um an der Schmerztherapievereinbarung teilnehmen zu können und dies honorartechnisch auch unterstützt wird.

Dies schließt allerdings nicht aus, dass wir diese Entwicklungen weiter beobachten und ggf. auch mit weiteren Maßnahmen nachsteuern.